

Glaube und Religion als Parameter internationaler Beziehungen

Die „Türkenschlacht“ bei Wien, sowjetische Truppen in Afghanistan oder die aktuelle, auch religiös begründete Flüchtlingspolitik Ungarns: Glaubensfragen wirken nicht erst in jüngster Vergangenheit als zentrale Elemente internationaler Politik und Geschichte. Historikerinnen und Historiker sollten sich daher wieder stärker als öffentliche Intellektuelle zu Machtfragen in den internationalen Beziehungen einmischen.

VON MAGNUS BRECHTKEN

EIN BLICK IN aktuelle Tageszeitungen oder das abendliche Nachrichtenprogramm genügt, um den offensichtlichen Zusammenhang zwischen Glaubensfragen, Religionen und deren Einfluss auf die internationalen Staatenbeziehungen zu erkennen. Ob über Imame in Deutschland diskutiert wird, die ihr Gehalt vom türkischen Staat beziehen, ob über Koranschulen in der Europäischen Union, die von Saudi-Arabien finanziert werden, ob Ungarn sich darauf beruft, ein „christliches Land“ zu sein und deshalb die Grenzen gegen Flüchtlinge schließt, ob in den Vereinigten Staaten ein Präsidentschaftskandidat die Einreise von Anhängern der islamischen Religion unterbinden oder ein anderer als christlicher Fundamentalist seine Außenpolitik an Leitgedanken der Bibel orientieren möchte – stets ist die historische Verbindung von Glaubensfragen und internationaler Politik präsent und bedarf keiner weiteren Begründung. Oder doch?

Wer in dergleichen Debatten informierende Beiträge und aufklärende Stimmen der Zeitgeschichtsforschung sucht, wird kaum fündig. Selten genug finden sich heute Historikerinnen und Historiker, die zu solchen Großthemen wissenschaftlich agieren und sich als öffentliche Intellektuelle zu Machtfragen in den internationalen Beziehungen forschend und informierend einmischen. Geschweige denn, was dringend wäre, klar Stellung beziehen zur historischen Gewordenheit aller Religionen.

Glaubensfragen als Konstante der Geschichte

Dabei dürften die Konflikte von Staaten und Religionen zu den wenigen wirklichen Konstanten zählen, die allen im Fach über die Jahrhunderte sowohl innergesellschaftlich als auch zwischenstaatlich immer wieder begegnen. Schon der Blick in die jüngere Zeitgeschichte genügt. Ob wir auf die iranische Revolution von 1979 schauen mit ihren Folgen für „den Westen“ oder den Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan mit seinen Konsequenzen im Erstarren muslimischer Kampfgruppen, deren Ableger im Nahen und Mittleren Osten bis heute wirken, oder die Wahl des polnischen Papstes Karol Wojtyła, dessen religiös-politische Ausstrahlung in hohem Maße den Umbruch in Osteuropa beeinflusste: Glaubensfragen wirkten stets als zentrale Elemente internationaler Politik und Geschichte. Warum dann die bemerkenswerte Zurückhaltung des Fachintellektuellen in der Gegenwart? Ein Grund ist zwei-

Die „Türkenschlacht bei Wien“, ein Gemälde des flämischen Malers Pauwel Casteels, zeigt die Kämpfe um die Donaumetropole im Jahr 1683.





Kaum noch Forschungen zur internationalen Politik

Warum sehen wir derzeit kaum Projekte solchen Zuschnitts? Ein zentraler Motivator für die Erforschung internationaler Grundfragen verlor sich mit dem Ende der globalen Systemauseinandersetzung des Kalten Krieges. Zugleich haben sich innerfachliche Gewichtungen in Lehre und Themenvergabe so verschoben, dass der Nachwuchs jener, die zu internationaler Politik und Geschichte arbeiten, im letzten Vierteljahrhundert rapide gesunken ist. Wir finden reichlich Arbeiten zu Fragen von Erinnerung, Identität und Kultur mit innovativen methodischen Differenzierungen und wichtigen Erkenntnissen des „neuen Blicks“, ohne dass bislang eine Verknüpfung mit „klassischen“ Themen der internationalen Beziehungen – und damit deren notwendige Weiterentwicklung – erkennbar wäre. Warum ist das eine Bemerkung wert? Sollten wir dies nicht als übliche Konsequenz freier Forschungsentwicklung akzeptieren, die sich ihre Themen selbst sucht

Glaube und Macht im Gleichschritt: Der russische Präsident Vladimir Putin legt mit Patriarch Kyrill I., dem obersten Würdenträger der russisch-orthodoxen Kirche, Blumen am Roten Platz in Moskau nieder.

fellos die über die letzten Jahrzehnte nahezu verschwundene Beachtung „klassischer“ Fragen der internationalen Beziehungen. Hier ist nicht die Rede von einer vermeintlich guten alten Zeit der Diplomatiegeschichte, in der sich historische Analyse im Bemühen erschöpfte, den Intentionen „großer Männer“ bei Haupt- und Staatsaktionen nachzuspüren. Vielmehr geht es um die ernsthafte, quellen-gestützte Forschung zu politisch-historischen Großfragen, wie sie vor Jahrzehnten schon Paul Kennedy mit dem „Aufstieg und Fall der großen Mächte“ oder Samuel P. Huntington mit seiner These vom „Kampf der Kulturen“ präsentierten. Mit anderen Worten: Notwendig sind aktuelle Forschungsprojekte, die dergleichen Globalthemen in seriöser Quellenforschung unter Nutzung des inzwischen weit ausdifferenzierten methodischen Instrumentariums angehen.





Schnittstelle der Weltreligionen und historischer Zankapfel: Jerusalem mit Felsendom und Grabeskirche.

und äußeren Zwecken nicht dienstbar zu machen ist? Zumindest die Frage ist angezeigt, warum manche Ansätze so umfassend aus dem Blick fielen – und ein Plädoyer, hierüber ernsthafter nachzudenken.

Wo sind Historiker mit Bürgersinn?

Es geht zunächst um die Wiederbelebung eines im Fach aus der Mode gekommenen Bewusstseins für Bürgersinn und Transfer-Verantwortung. Gegen manche Alles-ist-doch-irgendwie-gleich-wichtig-Annahme ist die Themenwahl historischer Forschung durchaus von Bedeutung für die Verhandlungen des Wandels einer Gesellschaft und ihrer Fähigkeit, damit umzugehen. Wer historisch-wissenschaftlich arbeitet, trägt zu diesem Bewusstsein bei, auch durch Desinteresse, ob er oder sie will oder nicht. Was immer man über den Stil der vor allem in den 1970er und 1980er Jahren geführten Auseinandersetzungen um Diplomatie-, Politik- und Gesellschaftsgeschichte sagen mag: Diese Konflikte hatten aus sich selbst heraus einen eminent

aufklärerischen Effekt. Unabhängig davon, auf welcher Seite man stand, zeigte sich ein Bewusstsein für die großen historischen Linien. Es war verbunden mit dem Motiv, über diese Generalfragen genuin so zu diskutieren, dass die Zivilgesellschaft daraus Nutzen und Information erhielt.

Zweifel an der wissenschaftlichen Unabhängigkeit oder dem Primat der freien Themenwahl hat dennoch niemand formuliert. Ein Beispiel gefällig? Jüngste Auseinandersetzungen um das Verhältnis zwischen dem „christlich“ geprägten Europa und dem „islamischen“ Mittleren Osten, namentlich der Türkei, stehen in einer langen außenpolitischen Traditionslinie. Hans-Ulrich Wehler veröffentlichte im September 2002 in der „ZEIT“ einen Artikel über „Das Türkenproblem“, in dem er historisch-internationale und aktuell-gesellschaftliche Fragen verknüpfte (Untertitel: „Der Westen braucht die Türkei – etwa als Frontstaat gegen den Irak. Aber in die EU darf das muslimische Land niemals.“). Wehler war nun beileibe kein Diplomatie-Historiker. Aber er reflektierte mit seiner Intervention die übergreifenden Perspektiven internationaler Geschichte. Was ihn auszeichnete, war die Ernsthaftigkeit seiner Auseinandersetzung

mit einer genuin politischen Frage, zu der ihn seine Rolle als Historiker und Staatsbürger der Zivilgesellschaft geradezu provozierte.

Wo finden wir dergleichen heute? Wenn die Öffentlichkeit hierzulande regelmäßig Ratlosigkeit zeigt angesichts der brachialen außenpolitischen Methoden eines Vladimir Putin oder der dreisten Interventionsversuche der türkischen Führung unter Präsident Erdoğan, sind auch Historikerinnen und Historiker aufgerufen, das Wort zu suchen. Für sie bietet die Autokraten-Show nichts Neues. Deren außenpolitisches Gebaren, ihr innenpolitisches Instrumentarium und der unmittelbare Zusammenhang mit den je nationalen Glaubens- und Religionsfragen sind jedem offensichtlich, der die internationale Geschichte der vergangenen zweihundert Jahre präsent hat.

Auch in der Europäischen Union erleben wir eine Zeit der mentalen Re-Nationalisierung mit religiös-induzierten Legitimationskonstruktionen. Für eine offene Gesellschaft ist das ebenso bedrohlich wie tendenziell für die Freiheit internationaler Forschung und

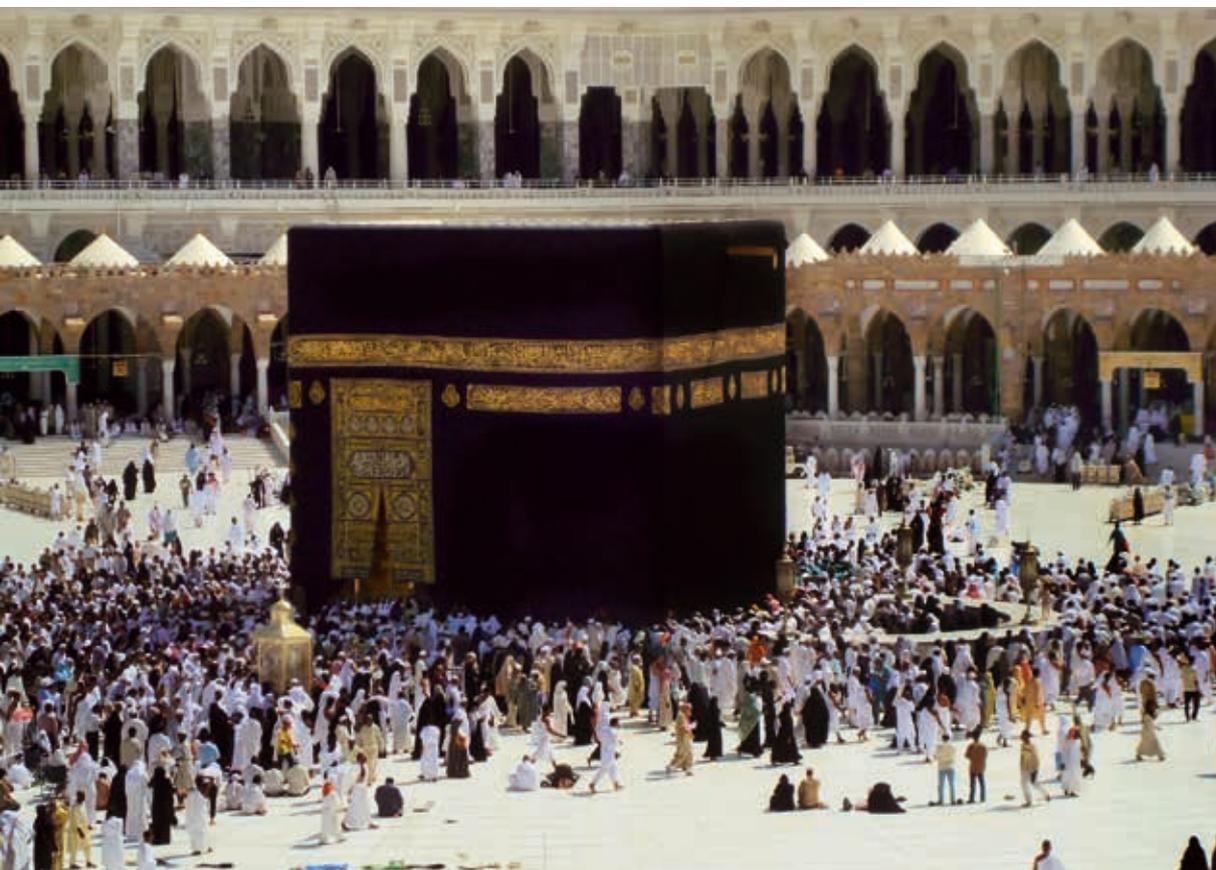
Wissenschaft. Es geht also auch um genuine Eigeninteressen des Faches und die Bewahrung einer von nationalen und religiösen Grenzen unbedrohten Wissenschaft. Diese entsteht nicht von selbst, und sie erhält sich nicht automatisch.

Ergebnisse offensiver kommunizieren

Welche Konsequenzen lassen sich ziehen? Für Historikerinnen und Historiker gilt, die in Fachdiskursen lange bekannten Ergebnisse der Nationalismus- und Religionsforschung offensiver als gegenwärtig aus der Forschung in die Öffentlichkeit zu kommunizieren. Wer etwa aktuelle politische, nationale oder religiöse Debatten verfolgt, der reibt sich bisweilen die Augen angesichts des immer noch verbreiteten essentialistischen Sprechens über Nationen und Religionen, bisweilen gar über Volk und Rasse. Drängende Aufgabe der gegenwärtigen Fachgeneration wäre etwa, den Imaginations- und Konstruktionscharakter jeglicher Religion öffentlich intensiver zu diskutieren. Provokativ gefragt: Wo ist der Richard Dawkins der Geschichtswissenschaften?

DER AUTOR

Prof. Dr. Magnus Brechtken studierte Geschichte, Politische Wissenschaften und Philosophie mit Forschungsaufenthalten in Frankreich, Großbritannien, Polen und den Vereinigten Staaten. Er lehrte in Bayreuth, München und Nottingham. Seit 2012 ist er stellv. Direktor des Münchner Instituts für Zeitgeschichte und Professor an der LMU München. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen Nationalsozialismus und Antisemitismus, die Geschichte der internationalen Beziehungen und die historische Wirkung politischer Memoiren.



Der Mittelpunkt der islamischen Welt: die Kaaba in Mekka/ Saudi-Arabien. Ein wesentlicher Teil der politischen Macht des saudischen Königs fußt auf seiner Rolle als „Hüter der heiligen Stätten“.

Herausforderungen für die Geschichtswissenschaft

Was bedeutet das praktisch? Dazu beispielhaft drei aktuelle Herausforderungen, denen sich die Geschichtswissenschaft als Grundlagenforschung stellen sollte. Erstens: Zu fragen ist, welche Rolle Religionen und Glaubensstraditionen in der Europäischen Union gegenwärtig noch spielen. Wie beeinflussen regionale und nationale Glaubensstraditionen den aktuellen Europa-Diskurs und wie wirken sie auf die menschenrechtlichen Grundlagen des „europäischen Projekts“ als Ganzes? Vergleichend zu erforschen wären etwa die regierungsamtliche Selbstdefinition Ungarns als „christliches Land“ und die katholisch-nationalistische Orientierung der Regierungsmehrheit in Polen als anti-säkulare Bewegungen der Europäischen Union. Zweitens: Wie verhält sich die Europäische Union zu den Herausforderungen des wachsenden religiösen Fundamentalismus und religiös induzierten Nationalismus? Die machtpolitischen Projektionen der Türkei als islamisch-autokratisch geprägtem Obrigkeitsstaat müssen hier ebenso diskutiert werden wie vergleichbare Herausforderungen durch fundamentalistisch-religiös konstruierte Staa-

ten wie Saudi-Arabien oder Iran, die explizit im Konflikt stehen mit der europäischen Menschenrechtstradition. Drittens: In welcher Form dient die Instrumentalisierung von Glaube und Religion als Mittel klassischer nationalistischer Machtpolitik? Anders formuliert: Setzen religiöse Glaubenskonfrontationen die Erfahrungen der ideologischen Konflikte des Kalten Krieges fort? In welcher Form instrumentalisieren Akteure nationalistischer Großmachtpolitik religiös hergeleitete Konflikte als zynisches Mittel oder als genuines Motiv? Der Bürgerkrieg in Syrien ist auch ein Beispiel klassischer Machtpolitik konkurrierender Außenkräfte, die ihre Legitimation zuhause regelmäßig religiös begründen oder zumindest abzuleiten suchen – prominent zu nennen sind erneut Russland, die Türkei und der Iran. Deren Haltungen stehen in der Struktur und Tradition historischer Vorbilder. Wer je die Staatenbeziehungen des 19. Jahrhunderts oder die Verhaltensmuster des Kalten Krieges betrachtet hat, erkennt in der scheinbaren Komplexität aktueller Konflikte zahlreiche bekannte Spuren.

Auf die jüngere Gegenwart angewendet liegt es nahe, etwa den von Samuel P. Huntington Anfang der 1990er Jahre prognostizierten „Clash of Civilizations“ auf seine Validität bei der Analyse „religiöser Großräume“ zu prüfen. Lassen sich die heterogene islamische Welt, die hinduistische Großmacht Indien, der christliche Fundamentalismus in Nordamerika und die in hohem Maße säkularisierten Gebiete Europas in solchen Kategorien als konkurrierende Einheiten analysieren? Oder sind die Binnenverhältnisse zu komplex für dergleichen Kategorisierungen?

Bleibt zu hoffen, dass mit Institutionen-übergreifenden Initiativen wie der Einrichtung des Berliner Kollegs Kalter Krieg eine Wiederbelebung einschlägiger Forschung auf einem aktuellen Reflexions- und Forschungsniveau gelingt. Das bedeutet auch, eine neue Generation von Studierenden für aktuelle Fragen der internationalen Beziehungen, die Bedeutung des Faktors Macht und die Rolle von Glaubensfragen und Religionen bei deren Begründung zu interessieren. An Quellen herrscht kein Mangel. Allein im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes sind Hunderte Aktenmeter einstiger Verschluss-sachen bis in die späten 1980er Jahre frei für die Forschung zugänglich. Ein Fundus für Dutzende Dissertationen zumal dann, wenn man die globale Überlieferung in anderen Ländern mit in den Blick nimmt. Eine neue Generation in dieser Expertise heranzubilden ist allerdings eine akute Herausforderung. ■

Institut für Zeitgeschichte

Das Institut für Zeitgeschichte (IfZ) ist eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung, die die deutsche Geschichte vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart im europäischen Kontext erforscht. Gegründet wurde das IfZ 1949, um die nationalsozialistische Diktatur wissenschaftlich zu erschließen. Das Arbeitsspektrum gliedert sich heute in drei Schwerpunkte:

- Erforschung der Diktaturen im 20. Jahrhundert
- Historische Demokratieforschung
- Transformationen in der neuesten Zeitgeschichte

Zum Institut gehören Forschungsabteilungen in München und Berlin, eine Aktenedition im Auswärtigen Amt und die Dokumentation Obersalzberg. Die Institutsbibliothek und das Archiv in München bieten eine hochkarätige wissenschaftliche Infrastruktur. Das IfZ wird von Bund und Ländern finanziert und ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.

Kontakt:

Leonrodstraße 46 b
80636 München
Telefon 089 / 12688-0
E-Mail ifz@ifz-muenchen.de
www.ifz-muenchen.de